Gesetz seinem eigentlichen Zwecke nach nur die Aufsührungen auf den Bühnen im Auge zu haben scheint, bleibt nichts übrig, als die Componisten von nicht für die Bühne berechneten musicalischen Werken auf den ihnen von ihren Geistesproducten, im Falle des Gelingens, werdenden Ruhm zu vertrösten und ihnen daneben den Schutz des Gesetzes gegen den Nachdruck (vom 22. Februar 1844) vorzubehalten, den sie bereits genießen.

Die Minorität muß zwar bemerklich machen, daß größere, wenn auch nicht für die Bühne berechnete musicalische Werke schon zeither in der Regel honorirt werden mußten, wenigstens häusig honorirt wurden, wenn sie vom Nichteigenthümer zur öffentlichen Aufsührung gebracht werden sollten, glaubt auch das Beispiel von Frankreich anziehen zu können, wo selbst kleienere Musikstücke, wie z. B. Lieder, nicht ohne Erlaubniß der Componisten und deren Entschädigung zur öffentlichen Aufführung gelangen dürfen.*)

Sie verkennt aber auch die Schwierigkeiten nicht, welche einer strengen Anwendung des gegenwärtigen Gesetzes auf mussicalische Werke, die nicht für die Bühne bestimmt sind, entgesgenstehen, sobald dieselben durch den Druck der Deffentlichkeit übergeben sind, und hat daher auch ausdrückliche Anträge deshalb zu stellen unterlassen, vielmehr sich damit begnügt, ihre Zweifel angeregt zu haben, der geehrten Kammer anheimgebend, davon abzusehen oder weitere Beschlüsse darauf zu gründen.

Und hiermit ist denn die Deputation im Wesentlichen mit der Begutachtung des in der Ueberschrift bezeichneten Gesetzentwurfs zu Ende. Denn was sie die hierher zur Widerlegung der dazu gegebenen Motive und zur Motivirung ihrer eignen Vorschläge gesagt hat, dient zugleich als Gutachten über die einzelnen Paragraphen des Gesetzes und sie wird dem nur noch wenig beizusügen haben.

Referent Abg. Tobt: Da es in der letten Zeit gewöhnslich geworden ist, daß die Gesetworlagen und die darüber ersstatteten Deputationsberichte nicht mehr in extenso vorgelesen werden, der jetige Bericht aber ohnehin sehr umfänglich ist, so muß ich mir die Frage an die Kammer gestatten, ob diese Ausenahme auch auf den vorliegenden Bericht sich erstrecken soll. Ich würde, falls diese Anfrage bejahend beantwortet werden sollte, dann nur die Punkte aus dem Berichte mittheilen, auf die es hauptsächlich, namentlich bei der allgemeinen Debatte, ankommen kann. Vorausgesetzt muß aber werden, daß sich auch damit einverstanden erklärt wird, daß die Motive zum Gesetzentwurfe gleichfalls nicht vorgetragen zu werden brauchen.

Ronigl. Commiffar v. Langenn: Seiten ber Staatsregierung steht bem nichts entgegen.

Prafibent Braun: Will die Kammer, daß vom Vorlesen des Berichts, dem Vorschlage des Herrn Referenten gemaß, abgesehen werde? — Einstimmig Ja.

Referent Abg. Todt: Wie ich bereits angeführt habe, theile ich nur dasjenige aus dem Berichte mit, was zunächst zur

Besprechung vorliegt. Es ift auf der erften Seite gleich, 559, angegeben, welche Bestimmungen in Bezug auf bas Eigenthum von musicalischen und dramatischen Werken nach ber Bunbes= gesetigebung bermalen vorzüglich geltend find. Diese Bestim= mungen find in vier Punkten enthalten. Sie lauten: 1) Die offentliche Aufführung eines dramatischen ober musicalischen Werkes im Ganzen oder mit Abkurzungen barf nur mit Erlaub= niß des Autors, feiner Erben ober sonstigen Rechtsnachfolger stattfinden, so lange bas Werk nicht burch ben Druck veröffent= licht worden ift. 2) Diefes ausschließende Recht bes Autors, feiner Erben oder fonftigen Rechtsnachfolger foll wenigstens wahrend gehn Sahre von der erften rechtmäßigen Aufführung bes Werks an in fammtlichen Bundesstaaten anerkannt und geschützt werden. Sat jedoch ber Autor die Aufführung feines Werks ohne Nennung seines Familien = ober offenkundigen Autornamens irgend Jemanbem geftattet, fo findet auch gegen Undere kein ausschließendes Recht ftatt. 3) Dem Autor oder deffen Rechtsnachfolgern fteht gegen Jeden, welcher deffen ausschließliches Recht durch offentliche Aufführung eines noch nicht gedruckten bramatischen ober musicalischen Werks beeintrachtigt, Unspruch aaf Entschädigung zu. 4) Die Bestimmung biefer lettern und der Urt, wie dieselbe gesichert und verwirklicht werden foll, so wie die Festsetzung der etwa noch neben dem Scha= denersate zu leiftenden Geldbugen, bleibt ben Landesgesetzen vorbehalten; ftets ift jedoch ber gange Betrag ber Ginnahme von jeder unbefugten Aufführung ohne Abzug der auf diefelbe verwendeten Roften und ohne Unterschied, ob das Stud allein oder in Berbindung mit einem andern den Gegenstand ber Mufführung ausgemacht hat, in Beschlag zu nehmen." In biefen vier Gaten ift, wie ich fcon bemerkt habe, basjenige enthalten, was in Bezug auf bas Eigenthum an musicalischen und bramatischen Werken bis jest nach ber Bundesgesetzgebung gegolten hat. Unfere Regierung legt nun in Folge eines Untrags, ber am vorigen Landtage gestellt worden ift, bermalen ein Particulargeset fur Sachsen vor, welches, wie die Deputation zu bemerken Gelegenheit gehabt hat, fich im Wefentlichen auf die Bundesgeseigebung ftust und nur fehr wenig baran abandert. Es ist dies Seite 561 des Berichts bemerkt, wo es heißt: "In Folge biefes Untrags hat nun zwar bie Staatsregierung ber gegenwartigen Stanbeversammlung ben in ber Ueberschrift bezeichneten Gefegentwurf vorgelegt, in felbigem jedoch "zu einer eigentlichen Erweiterung ber bunbesgesetlichen Bestimmungen fich nicht veranlagt gefehen", baber auch ben oben mitgetheilten Grundfagen der fruhern Petenten feine Berudfichtigung ge= schenkt. Bas ben Gefegentwurf - über die Bundesgefet= gebung hinausgehend - bietet, besteht lediglich in der Schluß= bestimmung von §. 1 (nach welcher es gleich fein foll, ob ber Berfaffer eines bramatischen Werks zc. fich genannt hat ober nicht, wahrend ber Bundesbeschluß ungenannten Dichtern und Componiften feinen Schut gewährt), ferner in ber Gleich= stellung ber Aufführung einer widerrechtlichen Nachbildung mit ber Aufführung bes Driginals felbst und endlich in ber Feststellung gewiffer Bestimmungen über bie bem verletten Autor ober

^{*)} Traité des droits d'auteurs, dans la littérature, les sciences et les beaux-arts, par Augustin Charles Renouard. A Paris, 1839. Tom. II. p. 179 sqq. u. 67 sqq.